

Bever-Bote

www: spd-beverungen.de / Ausgabe 25

Berichte - Informationen - Kommentare

20 Millionen
Pension



Man traut seinen Augen nicht mehr, wenn man in der Zeitung zu lesen bekommt, dass der verurteilte Steuerhinterzieher Zumwinkel, ehemaliger Post-Chef, seine Pensionszusagen kapitalisiert hat und sich die Summe auf einmal auszahlen ließ. So mal eben 20 Millionen Euro bei der Post abkassieren, als ob es um Peanuts gehe. Wie unersätzlich groß muss die Gier dieses Menschen sein?

Das treibt einen die Zornesröte ins Gesicht. Was sind das für Menschen? Da zittern die kleinen Leute um ihren Arbeitsplatz, verzichten auf Lohn und
Fortsetzung Seite 2

Roger van Heynsbergen: Ich will alle Bürger vertreten

Der SPD-Stadtverband Beverungen hat eine klare Kante gezogen: Sie geht mit dem SPD-Stadtverbandsvorsitzenden und stellvertretenden Fraktionssprecher, Roger van Heynsbergen, in das Rennen um die Bürgermeisterwahl. Er ist verheiratet, hat zwei Kinder und als stellvertretender Schulleiter im Bildungszentrum der Werner-Bock-Schule in Drenke tätig. Bereits bei der letzten Kommunalwahl hatte er sich um das Amt beworben. Allerdings mit dem Manko, vielen Bürgern nicht so bekannt zu sein. Das ist diesmal anders.

Inzwischen haben viele Menschen seinen Einsatz für Beverungen kennengelernt. Durch seine Tätigkeit im Hauptausschuss kennt er sich in allen Belangen der Stadt Beverungen umfassend aus. Das gilt auch für seine Arbeit im Werksausschuss bei den Stadtwerken Beverungen. Bei ihm wären die Gebühren für Wasser, Abwasser und Strom in guten Händen.

Sein besonderes Augenmerk gilt der Entwicklung unserer Schullandschaft. Bildung ist die Voraussetzung für die Entwicklung und

Befähigung unserer Kinder. Sie schafft die Voraussetzungen für lebenslanges Lernen. Sein Credo lautet deshalb: Wir dürfen keine Befähigung, keine Eignung von jungen Menschen liegen lassen..

Das starre Festhalten an überholten Schulstrukturen durch die Noch-Mehrheit im Rat der Stadt Beverungen sieht er als großen Nachteil an. International und national werden überall neue Schulstrukturen eingeführt. Die Ergebnisse der Pisa-Untersuchungen belegen die positiven Fortschritte. Und in Beverungen soll alles beim Alten bleiben?



Roger van Heynsbergen will das nicht akzeptieren. Er will den Anschluss an die inter- und nationale Entwicklung halten.

Fest überzeugt ist Roger van Heynsbergen von der Meinung, dass ein Bürgermeister keine Klientel-Politik machen darf. Seine klare Position: Bürgermeisterkandidaten werden zwar von den Parteien nominiert, aber sie müssen unabhängig sein. "Zu mir kann jeder Bürger kommen, ob Arbeiter oder Unternehmer, ob

Fortsetzung Seite 2

Fortsetzung von Seite 1
Gehalt, um die Firma zu retten. Und dieser feine Mann: Holt sich seine Pension schon jetzt ab, in einer Summe. Da geht die Post so richtig ab! Und das sollen unsere Eliten sein?

Max Liebermann, Grafiker und Maler sagte als ein Fackelzug der SA nach der Macht ergreifung an seinem Haus vorbeizog: "Ich kann garnicht soviel fressen, wie ich kotzen möchte". Appelle von Manager an die Einsicht der Arbeitnehmer, sich zurückzuhalten, Verzicht zu üben, sind angesichts des Verhaltens von Herrn Zumwinkel eine ungeheuerliche Zumutung.

Wer profitiert ?

Entlastung bei Steuern und Sozialabgaben von Durchschnittseinkommen (28338 Euro Jahresbruttolohn) 2009 und 2010 im Rahmen des Konjunkturprogramms:

316 Euro

Alleinstehende ohne Kind, Steuerklasse I/0 im Jahr 2009, 219 Euro im Jahr 210

438 Euro

Alleinstehende mit einem Kind, Steuerklasse II/1 im Jahr 2009, 432 Euro im Jahr 210

679 Euro

Verheiratete Alleinverdiener mit zwei Kinder, Steuerklasse II/2 im Jahr 2009, 582 Euro im Jahr 2010

Hausfrau oder leitende Angestellte, sie finden immer ein offenes Ohr bei mir", so grenzt sich van Heynsbergen von anderen Verhaltensweisen deutlich ab. Weil er unsere Stadt Beverungen nach vorne bringen will, sucht er bewusst die Unterstützung der Bürgerschaft.

Die Finanzmittel im Konjunkturprogramm II sollen nach seiner neueren Auffassung im Schwerpunkt

in den Bereichen Schulen, Sanierung Freibad und Sportplatz und zur touristischen Erschließung, so bei der Burg und Weserufer, eingesetzt werden. "Das zur Verfügung stehende Geld muss zukunftsgerichtet und zielgerichtet für eine nachhaltige Entwicklung von Beverungen investiert werden. Diese Chance dürfen wir nicht verpassen", so der Bürgermeisterkandidat..

Managergehälter sind kein öffentliches Tabu mehr

Die SPD hat in der Koalition schärfere Regeln für Managergehälter und eine größere Haftung von Aufsichtsräten durchgesetzt. Ziel ist es, dass sich Manager künftig nicht länger vorrangigen kurzfristigen Renditeerwartungen orientieren. Die neuen Regeln sollen vielmehr eine nachhaltige und auf Langfristigkeit ausgerichtete Unternehmensführung fördern, die auch die Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an sicheren Arbeitsplätzen berücksichtigt.

Die wesentlichen Punkte, die jetzt vereinbart sind:

➔ Manager dürfen ihre Aktienoptionen künftig erst nach vier und nicht wie jetzt gültig bereits nach zwei Jahren einlösen.

➔ Aufsichtsräte erhalten erweiterte Möglichkeiten, Vorstandsgehälter herabzusetzen.

➔ Über Vorstandsgehälter muss künftig der gesamte Aufsichtsrat entscheiden und nicht nur ein Ausschuss. Die Haftungsbestimmungen für Aufsichtsratsmitglieder werden verschärft.

➔ Der Wechsel eines Vorstandsmitglieds in den Prüfungsausschuss des Aufsichtsrats im gleichen Unternehmens soll künftig frühestens drei Jahre nach seinem Ausscheiden möglich sein.

➔ CDU/CSU blockieren weitgehende Vorschläge der SPD für eine noch bessere Kontrolle überzogenen Managergehälter. Über die bisherige Einigung hinaus will die SPD

➔ Die steuerliche Absetzungsfähigkeit von Managerbezüge und Abfindungen begrenzen;

➔ Manager dazu verpflichten, ihre Entscheidungen nicht nur an den Unternehmensinteressen, sondern auch am Wohl der Allgemeinheit auszurichten; dass es bei „Managerversicherungen“ eine verpflichtende Selbstbeteiligung geben soll, damit Manager bei fahrlässigem Versagen nicht völlig von jeder Haftung befreit sind.

Zukunft für Beverungen sieht anders aus

Bisherige Politik hat uns keinen Schritt voran gebracht

Klartext reden war angesagt bei der Verabschiedung des Haushaltsplans 2009 der Stadt Beverungen. Wer gedacht hatte, der Bürgermeister würde eine Bilanz der letzten 4 Jahre vorlegen, sah sich getäuscht. Da kann sich jeder seinen Reim daraus machen.

Fraktionsvorsitzender Eckhard Schepke zog seinerseits Bilanz und fragte: Haben die Bürgerinnen und Bürger und der Rat in unserer Stadt eigentlich kein Recht darauf zu erfahren, was aus den vielen Ankündigungen geworden ist, die ihnen gemacht worden sind? Anscheinend nicht.

Die SPD-Position sei eindeutig: Nur im Gespräch mit den Bürgern könne sich eine Stadt positiv entwickeln. Die Meinungen und Ansichten von Mitbürgern in die politischen Entscheidungen mit einzubeziehen sei nicht nur klug sondern lebenswichtig, denn kein Bürgermeister oder Rat wisse alles, oder gar alles besser. Nur eine Stadt die im Innern lebe sei in der Lage Neues zu schaffen. Beverungen brauche deshalb eine starke und visionäre Führung.

Schepke: "Wir sehen keine tragenden Ansätze, die Leben in unsere Stadt bringen. Was wir sehen ist die Methode des Schieben, Strecken und Streichen, diese Methode feiere fröhlichen Urstand". Der vorgelegte Haushaltsplan sei in mehrfacher Hinsicht eine doppelte Null-Lösung. In allen Buchungsspalten, wo Ergebnisse stehen sollten, fänden sich massenhaft lauter Nullen. Ein Vergleich mit den aktuellen Zahlen sei deshalb nicht möglich. Die

mangelnde Transparenz im politischen Alltag unserer Stadt habe mit zur Orientierungslosigkeit bei den Bürgern beigetragen.

Die Bürger sähen Fotos in den Zeitungen, die Aktivitäten signalisieren sollen, aber sehr schnell als Aktionismus erkennbar werden. Über Jahre hinweg wurden die gleichen Projekte immer wieder vorgestellt. Das erinnert an die Potemkinschen Fassaden, die dem Zaren bei seinen Reisen durchs Land gezeigt wurden. Die Bürger brauchen nicht auch noch potemkinsche Fotos. Das gelte



zum Beispiel für das Rentmeisterhaus und die Burg. Alles Beispiele dafür, wie man eine Stadt nicht voran bringen könne.

Wir hätten uns auch eine starke Führungskraft bei der Errichtung von Ganztagschulen gewünscht. In allen 3 Schulen (Gymnasium, Real- und Hauptschule) gab es Mehrheiten für die Errichtung dieser Schulen. Nur die Hauptschule werde jetzt Ganztagschule. Am Gymnasium und der Realschule waren die Mehrheiten zwar nicht so groß aber es waren Mehrheiten. Hier hätte der Schulträger Führungsaufgaben wahrnehmen

und klare Kante zeigen müssen. Ohne ein spezifisches Schulprofil würden wir keine Attraktivität unseres Schulzentrums erreichen können.

Zum Haushalt 2009: Wiederum ist vieles auf Rand genäht. Neben Hausgemachten sei auch die Landesregierung daran beteiligt, dass eine Gesundung der Finanzen nicht eintritt. Die Städte können sparen soviel wie sie wollen, sie kommen auf keinen grünen Zweig. Erst vor kurzen ist Beverungen der Haushaltssicherung entkommen. Durch das „Neue Kommunale Finanzierungsgesetz“ konnten wir uns daraus befreien. Für 2010 droht uns wieder eine Haushaltssicherung. Wie beim Monopoly-Spiel heißt es dann wieder: „Gehe ins Gefängnis“: sprich in die Haushaltssicherung.

Die CDU wird mit ihrer absoluten Mehrheit gegenüber den dringenden Aufgabenstellungen der Stadt Beverungen nicht gerecht. Die Bürger haben das tagtäglich vor Augen. Schon vor der großen Wirtschaftskrise war das deutlich. "Wir brauchen im Rat der Stadt Beverungen Ratsfrauen und Ratsherren, die mit gesundem Menschen- und Sachverstand die Interessen unserer Stadt Beverungen vertreten. Und das Vertrauen der Bürger. Ohne eine solche Vertrauensbasis bleibt vieles bruchstückhaft. Die SPD wird ihre Vorstellungen von einer Zukunftspolitik für Beverungen weiterhin offensiv vertreten", so Eckhard Schepke. Haben Sie nicht Lust, mitzuarbeiten?.

Richtige Verfügung

Patientenverfügungen machen Sinn, so lange man selbst mit klarem Verstand festlegen kann, was man will und was unterbleiben soll. Bei einer Veranstaltung der SPD Amelunxen mit Frau Dr. Deutsch, Koordinatorin des Hospizvereins Wolfhager Land, wurden wertvolle Hinweise und praktische Tipps zum Umgang und Erstellen einer Patientenverfügung gegeben. Da das Thema auch weiterhin Aktualität hat, bietet der Vorsitzende des Ortsverein an, auch in anderen Ortschaften des Stadtgebiets Infoveranstaltungen durchzuführen. Interessierte können sich daher an den SPD-Vorsitzenden Michael Gauding (05275-8748) wenden. Andere Veranstaltungen in Amelunxen werden folgen.

Abzocke wird unterbunden

Unerlaubte Telefonwerbung belästigt Bürger

Unerwünschte Telefonwerbung hat sich in den letzten Jahren zu einem flächendeckenden Problem entwickelt. 86 Prozent der Bevölkerung fühlen sich hiervon belästigt. Und immer häufiger müssen sich Verbraucherinnen und Verbraucher gegen angeblich oder tatsächlich am Telefon abgeschlossene Verträge wehren. Wer kennt sie nicht die Anrufe, die aufdringlich einen Vertragsabschluss einfordern. Ein von Bundesjustizministerin Zypries erarbeiteter Gesetzentwurf will diesem unseriösen Handeln einen Riegel vorschieben. Telefonwerbung gegenüber Verbrauchern ohne deren Einwilligung ist zwar schon heute verboten. Doch unseriöse Firmenset-

zen sich immer wieder über das Verbot hinweg.

❶ Keine Ausnahmen mehr: Telefonwerbung ist nur mit vorheriger ausdrücklicher Einwilligung der Verbraucher zulässig. Verstöße werden mit Geldbußen bis zu 50.000 Euro geahndet.

❷ Die Telefonrufnummer-Unterdrückung wird für Werbeanrufe untersagt, um Verstöße gegen verbotene Telefonwerbung wirksam verfolgen zu können.

❸ Verbraucherinnen und Verbraucher können telefonisch abgeschlossene Verträge innerhalb von mindestens zwei Wochen widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt erst nach schriftlicher Mitteilung. Die SPD setzt damit ihre Vorstellungen durch.



Gewaltvideos raus

Angehörige der Amoklaufopfer haben kurz vor Beginn der zentralen Trauerfeier in Winnenden Konsequenzen von der Politik gefordert. Sie meldeten sich in einem offenen Brief zu Wort. Darin verlangen sie, den Zugang für Jugendliche zu Waffen zu erschweren, Gewaltdarstellungen im Fernsehen einzuschränken, Killerspiele zu verbieten, den Jugendschutz im Internet auszubauen und die Berichterstattung der Medien über Amok-Täter zu reglementieren. Es ist gut, dass betroffene Eltern ihren Empfin-

dungen so Ausdruck verliehen haben, damit wir darüber nachdenken.

Wozu brauchen unsere Kinder für ihre persönliche Entwicklung eigentlich Gewaltvideos und Killerspiele? Also haben wir als Eltern, Großeltern, den Mut und schmeißen dieses Zeug dorthin, wohin es gehört: auf den Müll. Reden wir mit unseren Kindern, über ihren/unseren Fernsehkonsum. Die Welt ist anders, als sie oft im Fernsehen oder in den Videos vermittelt wird. Zeigen wir unseren Kindern diese andere Welt.

Trauer

Die SPD Amelunxen trauert um Herrmann Aschmann, der im Alter von 94 Jahren plötzlich verstarb. 30 Jahre Mitglied im SPD-Ortsverein Amelunxen hätte er in diesem Jahr feiern können. Ein besonderes Jubiläum konnte er im vorigen Jahr begehen. Zusammen mit seiner Frau Emmi feierte er die "Eiserne Hochzeit".

Die SPD-Amelunxen bekundet seiner Frau Emmi und den Familienangehörigen ihr tiefes Mitgefühl. Wir werden Hermann Aschmann ein ehrendes Andenken bewahren..

Menschen die sich für Menschen einsetzen

Wahlkreis 01 Eckhard Schepke

Bahnhofstraße, Bahnhof, Blankenauer Straße, Gut Schirmeke, Hinterm Graben, Kampstraße, Sonnenbreite, Stettiner Straße, Theodor Roeingh-Straße, Unter den Selskämpen, Zum Spring, Zum Stadtgraben, Hinterm Graben, Kampstraße, Sonnenbreite, Stettiner Straße, Theodor Roeingh-Straße, Unter den Selskämpen, Zum Spring, Zum Stadtgraben

Wahlkreis 02 Rolf-Dieter Crois

Am Mühlenberg, An der Burg, An der Kirche, Bauhof, Brinkstraße, Burgstraße, Hersteller Straße, Hinterm Brink, Im Bangern, Im Kleinen Feld, Kesselstraße, Kolpingstraße, Lange Straße, Mittelstraße, Schützenstraße, Weserstraße

Wahlkreis 03 Arnold Dunschen

Am Block Roggenthal, Am Mühlengraben, Auf den Äckern, Bevertrift, Dalhauser Straße, Forsthaus Hohenstein, Haarbrücker Straße, Holster-Mühle-Weg, Im Ringeln, Jahnweg, Joh.-Diedrich-Straße, Liborstraße, Lindenstraße, Meyerfeldstraße, St.-Florians-Weg, Templiner Weg

Wahlkreis 04 Roger van Heynsbergen

Am Kapellenberg, Am Kreuzberg, Fasanenweg, Obere Nussbreite, Richard-Dohmann-Straße, Soestertal, Untere Nussbreite, Unterm Eisberg, Zum Buchholz, Zum Sonnenhügel

Wahlkreis 05 Günter Spieker

Allensteinweg, Breslauer Straße, Danziger Straße, Königsberger Straße, Oppelnweg, Zum Selsberg

Wahlkreis 06 Frank Schepke

Am Goldberge, Am Waldfriedhof, Birkenstraße, Buchenweg, Eichenweg, Erlenweg, Gut Roggenthal, Im Roggenthal, Moosberg, Ulmenweg, Unterm Hübbeln, Zum Wandelsberg, Stolpweg

Wahlkreis 07 Andreas Gauding

Am Weseranger, Asternweg, Dahlienweg, Fresienweg, Geranienweg, Grüner Weg, In den Poelten, Industriestraße, Kiesweg, Lilienweg, Tulpenweg, Zum Osterfeld Margeritenweg, Mühlensstraße, Nelkenweg, Ostdeutsche Straße, Posttwete, Rosenweg,

Wahlkreis 08 Michael Gauding

Alte Siedlungsstraße, Am Gut, Am Kniggen, An der Mühle, Gartenstr., Grubestr., Gustav-von-Ewers-Str., Hillestr., Im Plasse, Lönstr., Netheweg, Neuer Weg, Neustätter Weg, Schulstraße, Sturmstraße, Uhländstraße, Wehrdener Straße, Wildbergstraße, Wöhrenstraße

Wahlkreis 09 Manfred Filmer

Abgunstweg, Am Bastenberg, Am Brink, Amalungstraße, An der Kleinschmiede, Auf den Höfen, Bachstraße, Drenker Straße, Im Winkel, Kleiner Winkel, Kötterstraße, Löhneweg, St. Georg-Straße, Blankenau Alle Straßen

Wahlkreis 10 Anneliese Bartolles

Ansgarweg, Bergstraße, Berliner Straße, Beverstraße, Hellweg, Hermannstraße, Immenweg, Krähenberg, Untere Hauptstraße

Wahlkreis 11 Petra Pohl

Borgholzer Berg, Bustollen, Eikenberg, Hubertusweg, Lange Reihe, Marienplatz, Markusweg, Meierbreite, Obere Hauptstr., Prozessionsweg, Ringstr., Schildstraße, Schöne Aussicht, Spechterberg, Urentalst, Zum Eichhagen

Wahlkreis 12 Roland Becker

Drenke, Tietelsen, Rothe Alle Straßen

Wahlkreis 13 Uwe Massenberg

Jakobsberg, Haarbrück, Alle Straßen

Wahlkreis 14 Friedhelm Pape

Herstelle, alle Straßen

Wahlkreis 15 Ingo Preuß

Wehrden, Alle Straßen

Wahlkreis 16 Werner Rhoden

Würgassen, Freizeitgelände Axelsee

Kreistagswahlbezirk Nr. 14

Rolf Dieter Crois

Wahlbezirke 1, 4 – 9 und 15 der Gemeindevahl (Teilgebiete der Kernstadt sowie die Ortschaften Blankenau, Amelunxen und Wehrden

Kreistagswahlbezirk Nr. 15

Hans Josef Vieth

Wahlbezirke 2, 3, 10 – 14 und 16 der Gemeindevahl (Teilgebiete der Kernstadt sowie die Ortschaften Dalhausen, Drenke, Rothe, Tietelsen, Haarbrück, Jakobsberg, Herstelle und Würgassen)

Kandidaten auf die man sich verlassen kann!

Steinmeier und Steinbrück handeln für Bürger

Es geht um unser Land und nicht um die Interessen weniger

Die internationale Finanzmarktkrise schlägt immer mehr auf die deutsche Wirtschaft durch. Experten sagen für dieses Jahr einen deutlichen Wachstumseinbruch voraus, die Exporte sind bereits erheblich zurückgegangen. Im Februar ist die Arbeitslosigkeit wieder auf über 3,5 Millionen gestiegen.

Die SPD tut deshalb alles, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Das Konjunkturpaket, das wir in der großen Koalition beschlossen haben, trägt eine deutliche sozialdemokratische Handschrift und hilft mit, die Folgen der Wirtschaftskrise für Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer, Familien und Unternehmen abzufedern.

Die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld wurde auf bis zu 18 Monate verlängert. Den Arbeitgebern werden die von ihnen zu tragenden Sozialversicherungsbeiträge zur Hälfte durch die Bundesagentur für Arbeit erstattet. Das Antragsverfahren wird erleichtert. Damit wollen wir Unternehmen ermöglichen, ihre Beschäftigten trotz der Krise zu halten und Entlassungen zu vermeiden.

QUALIFIZIEREN STATT ENTLASSEN

Zusätzlich unterstützen wir Unternehmen, die Zeiten der Kurzarbeit für die berufliche Qualifizierung nutzen. Die Bundesagentur für Arbeit übernimmt einen Teil der Weiterbildungskosten und die Sozialversicherungsbeiträge, die auf das Kurzarbeitergeld entfallen, zu 100%. Außerdem werden zusätzliche Mittel für Weiterbildung zur Verfügung gestellt und bestehende Programme ausgeweitet.

UMWELTPRÄMIE 2.500 EURO

Für die besonders hart von der Krise betroffene Automobilindustrie wurde die Umweltprämie eingeführt, die vor allem den Absatz von umweltfreundlichen Kleinwagen in die Höhe getrieben hat.

WENIGER STEUERN UND ABGABEN

Der Eingangssteuersatz wird auf 14 Prozent herabgesetzt, der Grundfreibetrag bis 2010 auf 8004 Euro angehoben, die Tarifeckwerte in der Steuertabelle werden um 330 Euro nach oben verschoben, so dass vor allem Gering- und Normalverdiener von Steuererleichterungen 2009 und

2010 von rund 9 Milliarden Euro profitieren. Mit der Absenkung des Beitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung am 1. Juli um 0,6 Prozent werden die Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer, Arbeitgeber deutlich entlastet.

HILFEN FÜR FAMILIEN.

Alle Kindergeldberechtigten erhalten 2009 einen einmaligen Kinderbonus von 100 Euro pro Kind. Die Regelsätze für Kinder (6 bis 13) von ALG-II-Empfängern werden zum 1. Juli um 35 Euro angehoben.

IMPULSE UND GARANTIE FÜR DIE WIRTSCHAFT.

Bund und Länder stellen den Kommunen über ein kommunales Investitionsprogramm 13,3 Milliarden Euro für die Erneuerung ihrer Infrastruktur – Kitas, Schulen, Krankenhäuser, etc. bereit. Der Bund investiert darüber hinaus selbst noch einmal 4 Milliarden Euro z. B. in den Ausbau der Verkehrswege. Für solide große und mittelständische Firmen, die aufgrund der Bankenkrise Schwierigkeiten haben, Kredite zu erhalten, stellt der Bund Bürgschaften im Umfang von 100 Milliarden Euro bereit.

**Deutschland braucht in der Krise einen
handlungsfähigen Staat.
Hierzu steht die SPD**

Flexible Übergänge für Ruhestand

Neue Optionen bei frühzeitigem Ausscheiden aus belastenden Berufen

Die Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. So ist die Erwerbstätigenquote der über 55-Jährigen in den letzten zehn Jahren von 38 Prozent auf über 52 Prozent gestiegen. Wir wollen unsere Anstrengungen für eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer unvermindert fortsetzen, denn wir sind auf die Erfahrungen und Kenntnisse Älterer dringend angewiesen.

Wir wissen aber auch: Trotz der Bemühungen um bessere Arbeitsbedingungen, trotz aller politischen Maßnahmen für eine stärkere Integration Älterer in den Arbeitsmarkt, werden auch künftig gerade Beschäftigte in belastenden Berufen Möglichkeiten brauchen, kürzer zu treten oder frühzeitig aus dem Erwerbsleben auszusteigen. Dazu schlägt die SPD vier wichtige Punkte vor:

1. TEILRENTE STÄRKER ALS BISHER NUTZEN.

Die Teilrente soll stärker als bislang genutzt werden können, um flexibel aus dem Arbeitsleben

aussteigen zu können. Dazu sollen die Hinzuverdienstgrenzen bei einer Teilrente deutlich angehoben werden oder ganz wegfallen.

2. ALTERSTEILZEIT FÖRDERN.

Ein wichtiges Instrument bleibt die Altersteilzeit. Die SPD hat dafür gesorgt, dass die Aufstockungsbeträge weiterhin von der Zahlung der Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen befreit bleiben. Ein Zuschuss der Bundesagentur für Arbeit soll ab 2010 befristet bis 2015 weiter für die Fälle erfolgen, in denen der Arbeitgeber die frei gewordene Stelle mit einem Absolventen oder einer Absolventin eines staatlich anerkannten Ausbildungsberufes wiederbesetzt. Für Kleinbetriebe wird geprüft, ob diese Förderung auch gezahlt werden kann, wenn im Gegenzug Auszubildende eingestellt werden.

3. ZUSATZBEITRÄGE ZUR RENTENVERSICHERUNG ERMÖGLICHEN.

Die Möglichkeit, Zusatzbeiträge in die gesetzliche Rentenversicherung zu entrichten, haben

bislang nur die Versicherten und dies nur zum Zweck der Vermeidung von Abschlägen. Das möchten wir erweitern. Die SPD will, dass künftig auch die Arbeitgeber Zusatzbeiträge leisten können und diese auch Renten steigend eingezahlt werden können.

4. LANGZEIT-ARBEITSZEIT-KONTEN BESSER SCHÜTZEN.

Immer mehr Betriebe nutzen Langzeit-Arbeitszeitkonten, ihre Absicherung bei einer Unternehmensinsolvenz muss gesetzlich geregelt werden. Dafür wird sich die SPD in der Bundesregierung und im Deutschen Bundestag einsetzen. Die Erwerbstätigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hat sich in den letzten Jahren positiv entwickelt. So ist die Erwerbstätigenquote der über 55-Jährigen in den letzten zehn Jahren von 38 Prozent auf über 52 Prozent gestiegen. Wir wollen unsere Anstrengungen für eine höhere Erwerbsbeteiligung Älterer unvermindert fortsetzen, denn wir sind auf die Erfahrungen und Kenntnisse Älterer dringend angewiesen..

MISSACHTUNG

Der von der Landesregierung festgesetzte gesonderte Wahltermin am 30. August werde von der überwiegenen Mehrheit der Steuerzahler wegen der damit verbundenen zusätzlichen Kosten abgelehnt. So der Bund der Steuerzahler. Nach Berechnungen des Statistischen Ausschusses des Deutschen Städtetages und einer Vollkostenrech-

nung der Stadt Dortmund geht der BdSt NRW davon aus, dass die Mehrkosten rund 40 bis 42 Millionen Euro betragen.

Entschieden wies der Vorsitzende Lampen die Behauptung einiger Politiker zurück, die Bürger könnten bei einer Zusammenlegung der Kommunalwahl mit der Bundestagswahl nicht zwischen Bundesthemen und kommunalen Themen un-

terscheiden. Dies sei eine Missachtung und Verhöhnung des Bürgers als Volkssouverän. Die gemeinsame Wahl 1994 habe sehr wohl gezeigt, dass zwischen beiden Wahlen differenziert entschieden worden ist. Soweit der Bund der Steuerzahler.

Nicht die Demokratie ist teuer, wie behauptet, teuer ist das Verhalten der Landesregierung. Also: am 27. September wählen!.

Dem Wohl der Kinder dienen

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Erde. Noch nie war unser Wohlstand so groß wie heute. Die große Mehrzahl der Kinder hat sehr gute Chancen, sich gesund und mit guter Bildung zu entwickeln. Mit Sorge müssen wir allerdings feststellen, dass die Chancen eines Kindes auf Bildung, gesunde Entwicklung, Teilhabe und Selbstbestimmung immer noch stark von der sozialen Herkunft abhängen.

Das wollen wir Sozialdemokratischen und Sozialdemokraten ändern. Unser Ziel sind gleiche und gute Lebensbedingungen für alle Kinder – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und der finanziellen Leistungsfähigkeit ihrer Eltern. Alle politischen Ebenen – Bund, Länder und Gemeinden – müssen ihren Teil dazu beitragen, damit dieses Ziel erreicht wird.

Diese Punkte wollen wir umsetzen

1. Die Kommunen bauen ihre Kinder- und Jugendeinrichtungen zu flächendeckenden Netzwerken aus, um benachteiligte Familien besonders zu unterstützen und zu fördern.

2. Die SPD strebt an, dass alle Kommunen, in denen sie Verantwortung trägt, Kindern in Schulen und Kitas ein gesundes Mittagessen anbieten – zu sozialen Preisen, so dass alle am Essen teilnehmen können.

3. Kindertagesstätten sollen zu Eltern-Kind-Zentren ausgebaut werden, die vor allem sozial benachteiligte Eltern in

die Förderung der Kinder einbeziehen.

4. Sozialdemokratisch regierte Länder werden die Ganztagsbetreuung konsequent weiter ausbauen und qualitativ verbessern.

5. Bildung muss weiterhin gebührenfrei bleiben – von der Kindertagesstätte bis zur Hochschule. Studiengebühren für das Erststudium lehnen wir ab.

6. Wir setzen uns für gleiche Bildungschancen ein. Das heißt u. a.: Weitergehende Lernmittelfreiheit und eine zweite und dritte Chance für Schulabbrecher auf einen Schulabschluss.

7. Jedes Kind muss uns gleich viel wert sein. Wir wollen Kindergeld und Kinderfreibeträge so gestalten, dass Geringverdiener nicht länger benachteiligt werden.

8. Wir treten dafür ein, dass bedürftige Kinder ein Schulmittelbedarfspaket (Schulranzen, Schreibmaterialien) in Höhe von ca. 100 Euro pro Schuljahr erhalten.

9. Wir fordern, dass die Kinderrechte ins Grundgesetz aufgenommen werden.

10. Wir wollen eine „Nationale Kinderkonferenz“ der Bundesregierung noch in diesem Jahr, auf der alle wichtigen Akteure (Politik, Wohlfahrtsverbände) wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Kinderarmut vereinbaren.

Renten

Arbeits- und Sozialminister Olaf Scholz teilte jetzt in Berlin mit, die Renten steigen im Westen um 2,41 Prozent und im Osten um 3,38 Prozent ab 1. Juli 2009. Das bedeutet, dass ein Rentner im Westen bei einer Rente von 1000,- Euro eine Erhöhung von 24,10 Euro mehr im Monat erwarten kann, im Osten sogar 33,80 Euro. So stark sind die Renten im Westen seit 1994 und im Osten seit 1997 nicht mehr gestiegen. Die Erhöhung gibt einen Schub für die Binnennachfrage. Nimmt man die Entlastung von 0,6 Prozentpunkten bei den Krankenkassenbeiträgen dazu, haben Rentnerinnen und Rentner 2,7 bzw. 3,7 Prozent und damit insgesamt 5,6 Mrd. Euro mehr zur Verfügung. Von der Erhöhung profitieren auch die rund 7,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger, die Arbeitslosengeld II und Grundsicherung im Alter bzw. Sozialhilfe erhalten: Der Eckregelsatz steigt von 351 Euro monatlich auf 359 Euro..

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Stadtverband
Beverungen

Verantwortlich: Roger van Heynsbergen,
Obere Nussbreite 57

37688 Beverungen,

Tel. 05273 - 4867

Redaktion: Emil Engel, Dieter Heistermann,

E-Mail: EmilEngel@t-online.de

Internet:

www.spdbeverungen.de

Druck: Kübler Galerie GmbH,
Industriestr. 7, 37688 Beverungen